

Herr Nipken trägt zu den Leistungen für Asylbewerber vor. Er erläutert, dass derzeit ca. 80 Personen als dauerhaft unterzubringen gelten. Geplant war aufgrund der Meldungen die Unterbringung von 100 Personen. Durch die voraussichtlich deutlich geringere Zuweisung von Asylbewerbern haben sich Einsparungen von 20% jährlich ergeben.

Herr Viebach bemängelt die Informationspolitik der Verwaltung. Aus seiner Sicht hätten die Ansätze bereits Ende 2012 korrigiert werden können. Er fragt nach, ob auch Asylbewerber aus Osteuropa Berücksichtigung gefunden haben. Frau Butz führt aus, dass alle der Verwaltung zur Verfügung stehenden Informationen in die Ansatzbildung eingeflossen sind. Sie weist aber auch darauf hin, dass sich die Zahl der Asylbewerber, die sich in Radevormwald aufhalten, ständig verändern kann. Als Beispiel wird angeführt, dass aktuell eine Großfamilie ausgereist ist, die hierzu in der Vergangenheit bereits mehrfach durch die zuständige Ausländerbehörde des Oberbergischen Kreises aufgefordert worden sei. Auf die Vorgehensweise der Ausländerbehörde hat Stadt keinen Einfluss, ebenso wenig wie auf die Anzahl der einreisenden Asylbewerber. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Radevormwald die mögliche Zuweisungsquote nicht erfüllt hat und somit auf jeden Fall Zuweisungen anstehen.

Die Mitglieder stimmen dem vorgelegten Verwaltungsentwurf zum Haushalt zu.